

ÖFFENTLICHE BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Betreff:

Haushaltssanierungsplan des Doppelhaushalts 2012/2013

Vorlage: 0333/2012

Beschlussfassung:

Gremium: Rat der Stadt Hagen

Sitzungsdatum: 21.06.2012

Sitzung: RAT/06/2012, Öffentlicher Teil, TOP 5.1

Beschluss:

 Der Rat beschließt den als Anlage beigefügten Haushaltssanierungsplan **unter Änderung und Ergänzung der nachfolgenden Einzelbeschlüsse:**

Maßnahme	Bezeichnung	Beschluss	Betrag
12_14.001	Reduzierung der Beratung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Der Gesamtabchluss 2012 im Jahr 2013 soll bereits weitgehend selbständig durch Mitarbeiter von 14 geprüft werden. Nur bei auftretenden Fragen soll eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hinzugezogen werden. Hierfür werden für die Jahre 2013 bis 2015 nur noch Mittel in Höhe von 10.000 € benötigt. Ab dem Jahr 2016 und eventuell für die Folgejahre wird nur noch ein Betrag von jeweils 5.000 € erforderlich sein.	36.060
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_20.001 Altmaßnahme	Einführung einer Gewässer- ausbau- und -unterhaltungs- gebühr	Die Einführung einer Gewässer- ausbau- und -unterhaltungs- gebühr ist bereits mit dem HSK 2011 beschlossen worden. Eine Berücksichtigung im Haushalt erfolgte bisher nicht. Die Verwaltung überprüft, ob die Maßnahmen ab 2014 realisiert werden können.	705.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_20.002	Vergnügungsteuer - Besteuerung für	Bei einer Besteuerung der Wettbüros wird ab 2014 mit	120.000

	Wettbüros	zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 120 Tsd. € pro Jahr gerechnet. Für die rechtliche Vorbereitung und Einführung dieser Steuer (und der Übernachtungssteuer) ist zunächst ein zeitlich befristeter zusätzlicher Personaleinsatz (für 2013 und 2014) in Höhe von insgesamt 0,5 Stellen erforderlich.	
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_20.003	Reduzierung der bestehenden Straßenreinigungintervalle	Bei einer Verringerung der Straßenreinigungintervalle ergeben sich aufgrund des 25 %igen Eigenanteils der Stadt hier entsprechende Effekte. Bei einer Aufwandssumme von 4,8 Mio. € (s. Gebührenbedarfsberechnung 2012) beträgt der 25%ige städtische Anteil 1,2 Mio. € Bei einer Realisierung ist bei einer vorsichtigen Schätzung von einem Einsparvolumen von 390.000 € auszugehen.	0
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_20.004	Einführung einer Übernachtungssteuer	Es wird vorgeschlagen, eine Abgabe auf Übernachtungen zu erheben. Bei ca. 250 Tsd. Übernachtungen, einem durchschnittlichen Übernachtungspreis von 60 € sowie einem 5%igen Steuersatz ergeben sich Mehreinnahmen von 750 Tsd. €. Für 2014 ist zunächst die Besteuerung von privaten Übernachtungen vorgesehen (=250 Tsd. €), bevor ab 2015 auch die gewerblichen Übernachtungen besteuert werden. Für die rechtliche Vorbereitung und Einführung dieser Steuer (und der Steuer auf Wettveranstaltungen) ist zunächst ein zeitlich befristeter zusätzlicher Personaleinsatz (für 2013 und 2014) in Höhe von insgesamt 0,5 Stellen erforderlich. Durchschnittlich beträgt die Mehrbelastung 3 €/Übernachtung. Auszunehmen sind gemeinnützige Einrichtungen, z.B. esw,	750.000

		Jugendherbergen usw.	
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_20.005	Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste	In mehreren Städten in der Nachbarschaft Hagens (Köln, Dortmund, Oberhausen, Gelsenkirchen, Iserlohn, Menden) gibt es eine Steuer für sexuelle Dienste. Ein Vergleich der örtlichen Gegebenheiten lässt erwarten, dass die Einführung dieser Steuer in Hagen den Betrag von 30.000 € im Jahr an Einnahmen (Unterart der Vergnügungssteuer) ergeben wird.	30.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_23.001 Altmaßnahme	Schließung der öffentl. WC-Anlage Vollbrinkstr.	Zur Altmaßnahme 12_23.001 wird beschlossen, dass die öffentliche WC-Anlage Vollbrinkstraße vorbehaltlich der Entwicklung und Umsetzung eines Alternativkonzeptes ("freundliche Toilette") geschlossen wird.	0
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_25.001	Weitere Sachkosten- reduzierung Innere Verwaltung	Im Bereich der Geschäftsaufwendungen für die Verwaltung sollen durch sparsame Bewirtschaftung, Erarbeitung von Budgetvorgaben und Umorganisation 320.000 Euro eingespart werden.	320.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_32.001	Schließung dezentrale Bürgerämter	Wesentliche Voraussetzung zur Umsetzung der vorgesehenen Personalkosteneinsparungen. Schließung der Bürgerämter Vorhalle und Eilpe mit der Folge einer Reduzierung von angemieteten Flächen und Reduzierung von Personaleinsatz (siehe Bericht GPA). Kosteneinsparung durch Abmietung des Gebäudes Eilperstr. 72	0
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_32.002	Gebührenerhöhung Städtisches Gewer- beregister	- Erhöhung der Auskunftsgebühr von 20 € auf 40 €, ergibt bei gleicher Anzahl an Anträgen eine Mehreinnahme von 9.000 € - Einführung einer Gebühr von 10,00 € für die Abmeldebestä-	38.500

		<p>tigung, aufgrund des betriebenen Verwaltungsaufwands. Mehreinnahmen in Höhe von 14.500 €</p> <ul style="list-style-type: none"> - Für Darlehens- und Investmentvermittler bzw. -makler und die Anlageberater darf weiterhin nach §34c GewO der wirtschaftliche Vorteil berücksichtigt werden, so dass diese Gebühren entsprechend angeglichen werden sollten und zu einer Mehreinnahme in Höhe von 15.000 € führen 	
		<p>Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen</p>	
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	<ul style="list-style-type: none"> - Ausnahmegenehmigung im Straßenverkehr (z.B. Halten im Halteverbot) - Eine telefonische Ausnahmegenehmigungen erfolgt nur noch gegen Gebühr. Die zu erwartenden Mehreinnahmen von 15.000 € wurden anhand der bisher erteilten tele-phonischen Ausnahmen errechnet. - Schwertransporte - Der entstehende Arbeitsaufwand bei Änderungsanträgen rechtfertigt die Erhebung einer speziellen Gebühr - Mehreinnahmen von 30.000 € - Gebühren der Zulassungsbehörde - In der Vergangenheit wurde bei Verlust des Fahrzeugscheines eine sog. Verlusterklärung gegen eine Gebühr von 10,- aufgenommen. Durch die Anforderung einer Eidesstattlichen Erklärung besteht die Möglichkeit, Gebühren in Höhe von 30,70 € zu erheben - Mehreinnahmen von 19.000 € 	64.000
		<p>Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen</p>	
12_37.001	Kostendeckende Kalkulation der Rettungsdienstgebühren	<p>Nach der Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplans erfolgt eine kostendeckende Neuberechnung der Rettungsdienstgebühren.</p>	300.000
		<p>Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen</p>	
12_41.001	Zuschusskürzung der Förderung der freien Kulturszene	<p>Nach Feststellung der GPA sind die Aufwendungen im Kulturbereich unverhältnismäßig hoch. Der</p>	0

		Zuschuss an die freien Kulturzentren soll daher um 25 % durch Zuschussstreichung an mindestens ein Kulturzentrum gekürzt werden. Alternativ kann die Summe auch durch eine gleichmäßige Zuschusskürzung bei allen freien Kulturzentren um 25 % realisiert werden.	
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_46.001	Vorschlag GPA: Zuschussreduzierung Theater	Die GPA hat in ihrem interkommunalen Vergleich der Haushaltsdaten festgestellt, dass die Stadt Hagen in der Gruppe der vergleichbaren 8 Städte mit Abstand die höchsten Aufwendungen für das Theater zu verzeichnen hat. Lediglich die Stadt Krefeld, die ihr Theater in Kooperation mit Mönchengladbach betreibt, erreicht eine ähnliche Größenordnung. Allerdings ist auch in Krefeld der Zuschuss je Einwohner um 18,54 € oder 1,1 Mio. Euro niedriger. Die GPA sieht daher einen "erheblichen und offenkundigen Handlungsbedarf" beim Theater. Die Verwaltung schlägt daher vor, Synergien durch den Betriebsformwechsel in einer Größenordnung von 500.000 Euro zu nutzen. In dieser Höhe würde das Theater eine Budgetvorgabe bekommen. Dabei wurde berücksichtigt, dass nicht jede eigenständige Erledigung von Aufgaben im Theater selbst zu Ersparnissen im Verhältnis zur Gesamtstadt führt. Weiterhin soll das Theater die Budgetvorgabe bekommen, die bisher für die Jahre 2014, 2015 und 2016 eingeplante Tarifsteigerung mit einem Volumen von rd. 350.000 Euro gesamt durch eigene Anstrengungen zu kompensieren.	850.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_47.001	Sachkostenreduzierung Historisches Centrum Hagen	Auf Vorschlag des Fachamtes können Sachkosten im Bereich der Museumsveranstaltungen	10.000

		konsolidiert werden.	
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_47.002	Standortverlagerung Historisches Centrum Hagen	Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Verlagerung der Dauer- ausstellung des Historischen Cent- rums in ein städtisches Ge- bäude , welches ggf. auch das Archiv zu einem späteren Zeitpunkt aufnehmen kann, zu.	259.700
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_48.001 Altmaßnahme	Sachkostenredu- zierung Lernmittel 10%	Im Bereich der Lernmittelfreiheit an Schulen werden Mittel bereitge- stellt. Es besteht die Möglichkeit durch eine äußerst sparsame Bewirtschaftung (längere Nutzung der Bücher) eine Reduzierung dieser Mittel um ca. 10% zu erreichen. Der Rat hatte den ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung von 20% auf 10% reduziert.	0
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_48.002 Altmaßnahme	Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen	Bewirtschaftung der Parkplätze im Innenstadtbereich.	20.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_53.001	Gebührenerhöhung Medizinalaufsicht, amtsärztliche Gut- achten und Infek- tionsschutz	Durch Erhöhung der Gebühren in den unterschiedlichen Bereichen können Einnahmeerhöhungen in der genannten Größenordnung erzielt werden.	20.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_53.002 Altmaßnahme	Zuschussgewährung Schwangerschafts- konfliktberatung	Aufgrund der sehr schwierigen finanziellen Lage der Stadt Hagen muss der Zuschuss an die Schwangerschaftskonfliktberatung der AWO und die Beratungsstellen der Evangelischen Kirche für die sicherlich sehr sinnvolle Aufgabe ab 2016 eingestellt werden. Grundsätzlich ist es Aufgabe des Landes, ein ausreichendes Angebot wohnortnaher Beratungs- stellen für die Beratung sicher zu stellen. Es handelt sich nicht um eine Pflichtaufgabe der Stadt,	0

		sondern des Landes.	
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschuss- leistungen	Mehreinnahmen durch verstärkte Heranziehung von Unterhaltungspflichtigen (Nettosumme ohne Personal-kosten)	50.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_55.002 Altmaßnahme	Zuschusskürzung Seniorenbegeg- nungsstätten	Insgesamt gibt es in Hagen 31 Seniorenbegegnungsstätten. Die Stadt fördert 5 hauptamtlich geführte Begegnungsstätten mit 42.000 € und 3 weitere hauptamtlich geführte Begegnungs- stätten mit 38.000 € (insgesamt 324.000 €). Da es sich um einen in seiner Höhe nicht pflichtigen Zuschuss handelt, wird aus Gründen der Haushaltskonsolidie- rung eine Kürzung um 20% vor- geschlagen.	0
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_55.003 Altmaßnahme	Verträge 55/0	DW, Caritas, AWO und DRK erhalten für ihre Tätigkeiten für die Stadt Hagen neben speziellen Entgelten einen Pauschalzuschuss als allgemeine Zahlung. Für den Pauschalzuschuss waren in den Ansatz des Jahres 2008 noch 22.000 € pro Verband, insgesamt demnach 110.000 € eingerechnet. Seit 2009 beträgt dieser Zuschuss nur noch 15.000 €, so dass 35.000 € bereits realisiert sind. Alle konkreten Dienstleistungen der Verbände werden gesondert bezu- schusst.	0
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_55.005	Abmietung Asylbe- werberheim Voerder Straße bis 2016	Die aktuelle und die zukünftig zu erwartende Auslastung der Über- gangsheime für Flüchtlinge und Aussiedler, lässt den Verzicht der Unterkunft in der Voerder Str. 33 grundsätzlich zu. Als Folge müssten die dort Lebenden in andere Unterkünfte integriert werden. Bei der erhöhten Belegungsdichte ist verstärkt mit	51.747

		sozialdeviantem Verhalten zu rechnen. Als Folge dessen müsste deshalb, analog zu der bestehenden Betreuungsdichte in der Voerder Str. 33, eine umfassendere Ausstattung mit Objektbetreuern in den aufnehmenden Übergangsheimen einhergehen.	
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_FBOB.001 Altmaßnahme	Einstellung Zuschuss für Beratungsstelle Opfer von Menschenhandel	Kein Zuschuss an das DW für die Opfer von Menschenhandel	0
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_FBOB.002	Reduzierung des Aufwands um 5%	Reduzierung der Aufwendungen für Rat, Ausschüsse und Bezirksvertretungen um 5% (siehe Anlage).	0
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_FBOB.003	Reduzierung des Ansatzes für Veranstaltungen	Konzentration auf Weihnachtsmarktprogramm und gelegentliche Veranstaltungen	10.372
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_FBOB.004	Vorschlag GPA: Zuschussreduzierung HVG / Bäder	Im HSK 2011 ist bereits eine Zuschussreduzierung an die HVG in Höhe von 3,52 Mio. € beschlossen worden. Durch Hebung von internen Vorteilen innerhalb der HVG konnte bereits ein zusätzlicher Effekt von 500.000 Euro durch die Geschäftsführung realisiert werden. Um diesen Betrag kann der Zuschuss der HVG bereits 2012 zusätzlich abgesenkt werden. Die GPA stellt in Ihrem Bericht dar, dass die Zuschuss-Situation für das Lennebad und die Freibäder im interkommunalen Vergleich teilweise um das Doppelte oder sogar dreifache über dem Mittelwert liegt. Die GPA schlägt daher vor, das Lennebad und die beiden Freibäder zu schließen bzw. alternativ das Lennebad zu schließen und die Kosten der Freibäder durch bedarfsgerechte Öffnungszeiten zu senken. Nach Auskunft der HVG	500.000 0

		<p>ließe sich durch Schließung des Lennebades und die bedarfsgerechte Öffnung der Freibäder ein Betrag von 500.000 € einsparen. Die Verwaltung schlägt daher vor, neben den bereits gehobenen Synergien das Lennebad zu schließen und die Freibäder nur noch bedarfsgerecht zu öffnen. Der Gesamteffekt beträgt 1 Mio. €.</p>	
		<p>Abstimmungsergebnis: Synergien: Mit Mehrheit beschlossen Bäderschließung: Mit Mehrheit abgelehnt</p>	
12_FBOB.005	Erhöhung Ausschüttung ENERVIE ab 2016	<p>Ursprünglich hatte der Rat der Stadt Hagen eine Erhöhung der Ausschüttung der ENERVIE von 6,5 Mio. € beschlossen. Dies ist nach den derzeitigen Planungen der ENERVIE nicht zu erreichen. Daher wurde der Konsolidierungsbetrag im Entwurf des HSP 2012/2013 zunächst auf 1,25 Mio. € abgesenkt. Durch den verlängerten Planungszeitraum bis 2016 sollte aber eine Verbesserung der Ausschüttungen um eine weitere Millionen Euro im Jahr 2016 als Vorgabe an die ENERVIE vor dem Hintergrund der gegenüber dem Ratsbeschluss bereits abgesenkten Erwartungen realistisch sein.</p>	1.000.000
		<p>Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen</p>	
12_GWH.001 Altmaßnahme	Reduzierung der Bauunterhaltung	<p>Eine Analyse der vorläufigen Ist-Ergebnisse der Haushaltsjahre 2008 bis 2011 ergibt eine durchschnittliche Instandhaltungsquote von 3,0 % bezogen auf den von der GWH in der Vorlage 134/2012 angenommenen Wiederbeschaffungszeitwert der Gebäude. Die GWH bezieht sich dabei auf eine Empfehlung der KGST, wonach durchschnittlich 1,2% für den laufenden Gebäudeunterhalt jährlich aufgewendet werden sollten. Die Zahlen zeigen, dass aus laufenden Bauunterhaltungsmitteln, Pauschalmitteln, Rückstel-</p>	0

		lungen und KP II-Mitteln in den letzten Jahren außerordentliche Beträge für die Bauunterhaltung aufgewendet wurden. Es ist daher vertretbar, für die nächsten Jahre diese Mittel abzusenken. Im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2021 wird mit 1,56 % der KGST-Wert dann immer noch deutlich überschritten. Die Verwaltung erneuert daher ihren Vorschlag zum HSK 2011, der auf den Empfehlungen der Zukunftskommission beruhte. Mit Erreichen des erforderlichen Konsolidierungszieles im Jahr 2021 ergibt sich dann Spielraum, um die Aufwendungen wieder zu erhöhen (siehe Anlage).	
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_GWH.002	Ausweitung Modellversuch Reinigungsintervalle	Durch Reduzierung der Reinigungsintervalle von 2,5 auf 2,0 je Woche in den Schulgebäuden lässt sich nach Empfehlung der GPA ein Effekt von 550.000 Euro erreichen (s. Bericht GPA). Ein entsprechender Modellversuch an einer Schule ist erfolgreich. Allerdings lässt sich dieser Modellversuch nach Auffassung der Verwaltung zwar auf viele, nicht jedoch auf alle Schulen übertragen. Daher schlägt die Verwaltung vor, den Konsolidierungseffekt auf 350.000 Euro zu reduzieren, um entsprechenden Spielraum in der Ausgestaltung zu haben.	0
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_GWH.003	Abmietung Martin-Luther-Str. 12	Umsetzung der Ergebnisse des strategischen Flächenmanagements (weitere Konzentration der Verwaltung auf die Rathäuser I und II durch Reduzierung von Flächenstandards und Optimierung der Unterbringung der Verwaltungseinheiten)	188.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_GWH.004	Abmietung Langenkampstr. 14 und 33	Umsetzung der Ergebnisse des strategischen Flächenmanagements	166.800

		ments (weitere Konzentration der Verwaltung auf die Rathäuser I und II durch Reduzierung von Flächenstandards und Optimierung der Unterbringung der Verwaltungseinheiten)	
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_HABIT.001	Vorschlag GPA: HABIT	Die GPA empfiehlt, eine kritische Überprüfung der eingesetzten Programme und deren Lizenzanzahl im Hinblick auf deren Wirtschaftlichkeit. Vorteilhaft wäre auch zur Vermeidung von Schnittstellenproblematiken und -kosten der Einsatz eines einheitlichen Finanzbuchhaltungsprogramms in der gesamten Verwaltung und deren Töchtern.	100.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_SZS.001	Vorschlag GPA: Einführung einer Sportstättennutzungs- gebühr	Die GPA empfiehlt eine Sportstättennutzungsgebühr wie sie in vielen Städten NRW bereits üblich ist. Wegen möglicher umsatzsteuerlicher Risiken wird an dieser Stelle nur der Nettobetrag (316.000 €, Bruttobetrag 376.000 €) dargestellt. Siehe Bericht GPA	0
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
12_VB5.004	Konzessionsvertrag Städtemedien neu ausschreiben	Der bisherige Konzessionsvertrag für die Werbeanlagen auf öffentlichen Flächen läuft bis zum 31.12.2014. Die Kündigung muss spätestens ein Jahr vorher erfolgen. Bisher erzielt die Stadt Hagen hier Einnahmen von rund 200.000 € pro Jahr. Durch eine Neuausschreibung des Vertrages ist mit einer erheblichen Verbesserung zu rechnen. So hat Ende 2011 die ähnlich große Stadt Lübeck bei einer Neuausschreibung eine Verbesserung um rd. 800.000 € pro Jahr erzielt. Die Stadt Lübeck hatte vormals den gleichen Vertragspartner wie die Stadt Hagen und erzielte etwa 300.000 € Erlöse pro Jahr. Im Verhältnis zu den bisherigen Einnahmen könnte sich	500.000

		daher am Beispiel der Stadt Lübeck eine Verbesserung von rd. 500.000 € durch eine Neuausschreibung ergeben.	
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_WBH.001	Budgetvorgabe WBH	Die GPA hat festgestellt, dass im Bereich der Verkehrsflächen und –anlagen von der Stadt Hagen ein deutlich über dem Mittelwert liegender Betrag aufgewendet wird und empfiehlt dringend eine detaillierte Untersuchung der Ursachen. Dies sollte in der weiteren Umsetzung des HSP gemeinsam mit der GPA geprüft werden. In einem ersten Schritt wurde mit der WBH eine Reduzierung des Zuschusses in diesem Bereich um 300.000 € vereinbart.	300.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer um 15 Punkte von 530 auf 545%	Nach dem Stärkungspaktgesetz ist die Stadt Hagen verpflichtet, den Haushalt bis 2016 bzw. 2021 auszugleichen. Trotz der gemeinsam mit der GPA ermittelten Maßnahmen ist eine weitere Grundsteuererhöhung unumgänglich, um die verbleibende Lücke zu schließen. Derzeit beträgt der Hebesatz 530%. Mehrere Städte in NRW haben in zwischen einen Hebesatz von 570 - 590% festgesetzt (z.B. Essen, Solingen, Oberhausen, Düren und Bottrop). Weitere Städte planen eine solche Anhebung im Zusammenhang mit dem Stärkungspaktgesetz. Den höchsten Hebesatz in NRW hat derzeit die Stadt Selm mit 825 Punkten. Eine Erhöhung um jeweils 10 Punkte führt zu einer Einnahmeverbesserung von rd. 700.000 Euro.	1.040.943
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_45.001	Eintrittsgelder Kunstquartier	Die Erwartungshaltung bei den Einnahmen der Eintrittsgelder hat sich erhöht.	10.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	

12_55.004	Budgetvorgabe Jobcenter	Aufgrund der stetig sinkenden Zahl der SGB II Bezieher und der Prognosen führender Wirtschaftsinstitute für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, wurden die Budgetvorgaben für die Kosten der Unterkunft angepasst.	3.500.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_55.006	Umsetzung des Urteils des VerfGH zu den finanziellen Folgen der Umsetzung des KiföG ; Belastungsausgleich U3	Das Land hat einen ersten Vorschlag zur Umsetzung des Urteils des VerfGH vorgelegt. Das Auszahlungs- und Verteilungsverfahren der Ausgleichssumme erfolgt durch einen prozentualen Aufschlag (nach derzeitigem Stand ca. 15,3 %) auf den nach KiBiz bestehenden Landesanteil an allen angemeldeten U3-Pauschalen.	900.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
	FRAKTIONEN		
12_SZS.001 Ersatzmaßnahme CDU / FDP	Weitergehende Übergabe von Schlüsselgewalt und Pflegeleistungen von städtischen Anlagen	1. Die Einführung einer Sportstättennutzungsgebühr wird abgelehnt. 2. Auf Punkt 2 des Antrages soll zunächst verzichtet werden. Die Verwaltung wird stattdessen beauftragt, mit dem organisierten Sport Verhandlungen über eine Fortschreibung des Paktes mit dem Sport aufzunehmen. Ziel ist die Prüfung und Erhöhung des bisherigen Konsolidierungspotentials. Die Verwaltung berichtet in der ersten Sitzung des Sport- und Freizeitausschusses im Jahr 2013 über die Verhandlungen.	0
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
12_FBOB.002 CDU / FDP	Konkretisierung der Maßnahme "Reduzierung des Aufwandes um 5 %"	1. Die Zahl der Rats- und BV-Mitglieder wird reduziert. Der Rat wird von derzeit 58 auf 52 (jew. zzgl. Oberbürgermeister) Mitglieder verkleinert. Einsparung: 80.000 Euro (ab 2015) Die Zahl der Bezirksvertreter wird entsprechend dem Vorschlag der Bezirksbürgermeister vom	0

		<p>04.10.2010 verringert auf:</p> <p>a. BV Eilpe/Dahl: 11 Mitglieder</p> <p>b. BV Haspe: 13 Mitglieder</p> <p>c. BV Mitte: 15 Mitglieder</p> <p>d. BV Nord: 13 Mitglieder</p> <p>e. BV Hohenlimburg: 13 Mitglieder</p> <p>Einsparung: 27.748,80 Euro (ab 2015)</p> <p>2. Die Zahl der Ausschüsse wird um zwei reduziert. Zusammengelegt werden der Stadtentwicklungs- mit dem Umweltausschuss und der Kultur- und Weiterbildungsausschuss mit dem Sportausschuss.</p> <p>Einsparung: 40.000 Euro (spätestens ab 2020)</p> <p>3. Der Senioren- und der Behindertenbeirat werden zum Sozialbeirat zusammengelegt.</p> <p>4. Die Zahl der Sitzungsrunden des Rates wird auf sechs beschränkt.</p> <p>5. Die 2. Stellvertretenden Bezirksbürgermeister werden eingespart.</p> <p>6. Die Geschäftsführungen der BV Mitte und Eilpe/Dahl werden zusammengelegt.</p> <p>7. Die Geschäftsführungen der BV Nord und Hohenlimburg werden zusammengelegt.</p> <p>Einsparung zusammen: 180.000 Euro (ab 2020)</p> <p>Die Stellenbewertungen der Fraktionsgeschäftsführer werden um eine Stufe reduziert. Bei Neueinstellung ist der neue Stellenwert anzuwenden.</p>	
		<p>Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt</p>	
CDU / FDP	Schließung der städtischen Kantine	<p>1. Die städtische Kantine im Verwaltungshochhaus wird geschlossen.</p> <p>2. Die Flächen werden kostengünstig zu Verwaltungsflächen umgebaut (Besprechungsräume, etc.).</p> <p>3. Hilfsweise ist der subventionierte Verkauf von Essen nur noch an Verwaltungsmitarbeiter gestattet.</p>	0

		Für Besucher ist ein nicht subventionierter Preis zu erheben.	
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt	
SPD	Überführung der HEB GmbH in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) - Prüfung Einbindung der HUI GmbH in den HVG-Konzern	<ul style="list-style-type: none"> - Ersparnis der Mehrwertsteuer für die Leistungen "Straßenreinigung, Winterdienst und Abfallentsorgung - Berechnung der Gebühren ausschließlich nach den Grundsätzen des KAG (z. B. Abschreibung nach Wiederbeschaffungswert) - Heben von Synergien im Bereich der Reinigung der Grünanlagen, des Straßenbegleitgrüns, der Papierkorbentleerung sowie des Personaleinsatzes durch eine Verlagerung der Aufgaben der HEB GmbH in die WBH (AöR) - Nutzen der möglichen Synergien im Bereich der zentralen Dienste - Entlastung des städtischen Haushalts - Beitrag zur Stabilisierung der Mietnebenkosten (Straßenreinigungs- und Abfallgebühren) - Prüfung Einbindung der HUI GmbH in den HVG-Konzern 	2.350.000
		Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen	
SPD - Bündnis 90/Die Grünen	Interkommunale Zusammenarbeit HABIT	<p>Beim Budget der Stadt Hagen ist die Konsolidierungssumme von 800.000,00 € ab 2016 neu einzustellen. Die Einsparung umfasst sowohl Konzeptions- und Produktionskosten im IT-Betrieb als auch die Reduzierung von Aufwänden in den Fachabteilungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - durch eine Vereinheitlichung von IT-Lösungen z. B. im Rahmen von Best-Practice-Lösungen - durch eine bedarfsgerechte Anzahl von Lizenzen - durch permanente Aufgabenkritik über die Notwendigkeit von einzukaufenden Fachverfahren <p>Diese soll auf folgende Weise erreicht werden: Durch die interkommunale Zusammenarbeit sowohl mit anderen Nothaushaltskommunen aus auch</p>	800.000

		<p>weiteren interessierten Kommunen wird die weitgehende Standardisierung von Fachanwendungen vorgenommen, um künftig darauf zu verzichten, dass jeder IT-Betrieb jeder Kommune das Know How und die personellen Kapazitäten für sämtliche durch IT unterstützte Fachverfahren vorhält. Durch Bildung von Kompetenzzentren für spezifische Fachaufgaben werden personelle Kapazitäten konzentriert und nicht mehr für jedes Verfahren und jede Fachaufgabe in jeder Kommune vorgehalten.</p> <p>Gemeinsam mit der GPA und dort vorhandenen Budgetmitteln wird ggf. mit externer Unterstützung in den kommenden drei Jahren ein Konzept und ein Umsetzungsplan für diese interkommunale Zusammenarbeit und Konsolidierung der IT-Strukturen erarbeitet.</p>	
		Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen	
SPD / Hagen Aktiv	Reduzierung der externen Beratungsleistungen und Gutachterkosten	Der Umfang der externen Gutachten und Beratungsaufträge ist zu hoch und muss gesenkt werden. Ab dem 01.01.2013 wird das gesamtstädtische Budget für externe Beratungsleistungen und Gutachten um 150.000 € p. a. reduziert.	150.000
		Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen	
SPD	Papierloser Sitzungsdienst	Ab der kommenden Wahlperiode ist durch Einbeziehung der städtischen Unternehmen eine komplette Umstellung möglich.	50.000
		Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen	
11.111 des HSK 2011 Hagen Aktiv	Interkommunale Zusammenarbeit, Erweiterung der Altmaßnahme	<p>1. Für das HSP 2012 wird der ursprüngliche HSK 2011-Ansatz in Höhe von 1,5 Mio. € um weitere 500.000 € p. a. erhöht.</p> <p>Zum 01.01.2015 wird der Ansatz um weitere 1,2 Mio. € p. a. erhöht, so dass sich bei der interkommunalen Zusammenarbeit langfristig ein Haushaltsansatz und somit ein Optimierungspotential in Höhe von 4 Mio. € p. a. erhöht. In</p>	1.700.000

		<p>diesem Betrag ist der Einsparbetrag der Maßnahme "Interkommunale Zusammenarbeit HABIT, in Höhe von 800.000 € enthalten.</p> <p>Der Rat beschließt die Maßnahme unter der Maßgabe, dass die Umsetzung erst ab 2016 erfolgt.</p> <p>2. Der Rat beauftragt den Verwaltungsvorstand, die entsprechenden Maßnahmen und das zwingend erforderliche Berichtswesen - respektive Controlling - innerhalb der Verwaltung zu implementieren, um somit eine zügige und nachhaltige Umsetzung in der Verwaltung sicherzustellen.</p> <p>Das Ziel ist eine Realisierung der ersten Erfolge bereits in den Jahren 2012/13, so dass diese Maßnahme den Haushalt bereits in den folgenden Geschäftsjahren entlastet.</p>	
		<p>Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen</p>	
Hagen Aktiv	Personalbedarfs- und -entwicklungsplan	Die nachhaltige Erstellung und konsequente Umsetzung eines Personalbedarfs- und -entwicklungsplans innerhalb der Verwaltung und der städtischen Eigenbetriebe.	1.000.000
		<p>Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen</p>	
Hagen Aktiv	Einsparung einer Beigeordnetenstelle	Der Rat der Stadt Hagen und die Verwaltung verpflichten sich, bei der turnusgemäß anstehenden Neuwahl eines Beigeordneten in den Vorstandsbereichen 2 und 3 auf die Wiederbesetzung von mindestens einer Dezernentenstelle zu verzichten und diese im Sinne einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung langfristig einzusparen.	0
		<p>Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt</p>	
		Summe der beschlossenen Maßnahmen	17.891,122

